



Von Frauen und Männern: Wenn Kommunikation zum entscheidenden Faktor in der Zusammenarbeit wird

3. Zwischenbericht des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen – Prof. Dr. Pfeiffer stellt Details auf GdP-Fachtagung vor

Vorurteile über das Verhältnis der beiden Geschlechter zueinander halten sich bekanntermaßen hartnäckig, gerade für die Bereiche Kommunikation und Zusammenarbeit. Comedian Mario Barth meint sogar, eine von ihm verfasste schriftliche Übersetzungshilfe „Frau – Deutsch, Deutsch – Frau“ sei vonnöten, um den Gedankenaustausch zwischen Männern und Frauen zu erleichtern. Was die Verständigung zwischen Polizeibeamten/-innen und potenziell gewalttätigen Männern angeht, lässt sich nach der Erhebung des KFN nun grundsätzlich belegen, dass Kommunikation durchaus gelingen kann. Speziell in Fällen von häuslicher Gewalt scheint darüber hinaus die Einflussnahme weiblicher Einsatzkräfte deeskalierende Wirkung zu haben.

Professor Dr. Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) weist unter anderem dies als Ergebnis seines dritten Forschungsberichtes zum Projekt „Gewalt gegen Polizeibeamte/-innen“ aus, den er am Samstag, dem 2. Juli 2011, auf einer GdP-Fachtagung in Hannover exklusiv vor der Spiegel-Veröffentlichung vorstellte und der auf der Internetseite des KFN¹ verfügbar ist. Ausgehend von der Tatsache, dass Frauen inzwischen einen nicht geringen Anteil bei der Polizei in Niedersachsen ausmachen, stellt er in dieser Hinsicht keine Probleme für die gemeinsame Arbeit der Geschlechter fest. Im Gegenteil: Für die Situation der häuslichen Gewalt kommt der Bericht sogar zu der Feststellung, dass eine Frau im Einsatzteam das Übergriffsrisiko reduziert.

Details der Studie

Nach Aussagen von Pfeiffer hat dieser Umstand allerdings weniger mit der bisher vermuteten höheren Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gegenüber Frauen zu tun. Vielmehr soll in der Art der Kommunikation der entscheidende Faktor zur Reduzierung der Verletzungsgefährdung lie-



Dietmar Schilff,
Landesvorsitzender
Foto: Archiv

auch diejenigen 2600 von den rund 20 000 Befragten in den Fokus genommen, die wegen eines Angriffs mindestens einen Tag im Dienst ausgefallen waren.

Dabei kam heraus, dass es vor allem Unterschiede gibt, wenn nicht mehr als zwei Kollegen/-innen zu einem Familienstreit gerufen wurden. Und weiter ergab die Studie: Handelte es sich um zwei männliche Polizisten, wurden 4,5 Prozent mit solch schweren Folgen angegriffen, dass sie am nächsten Tag nicht dienstfähig waren. Rückten ein Mann und eine Frau gemeinsam aus, so galt das lediglich in 3,6 Prozent der Fälle – für den weltweit anerkannten Wissenschaftler Pfeiffer ein signifikanter Unterschied, der seine Empfehlung zu gemischten Teams begründet.

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ stellt in seiner Ausgabe vom 4. Juli 2011² die provokante Frage, ob denn Frauen vielleicht sogar insgesamt die besseren Polizisten seien, weil sie sich leichter damit täten, manch brenzlige Situation mit sprachlichen Mitteln zu entschärfen. Diese erhobene These wird den bisherigen Erfahrungen allerdings nicht gerecht. Es geht eben nicht um die Frage, ob Frau oder Mann besser ist, sondern um gute Teamarbeit im Einsatz. Egal ob Mann oder Frau, die Einsatzkräfte sind sehr gut in der Lage, Gefahrensituationen im Einsatz zu erkennen und verbal angemessen zu reagieren, allerdings nur, wenn dafür überhaupt ausreichend Zeit bleibt und

gen. Aber auch männliche Einsatzkräfte berichten davon, dass sie öfters unverletzt aus heiklen Situationen „rauskommen“, wenn sie die Möglichkeit hatten, mit dem Täter zu kommunizieren. Das KFN hat darum aktuell

der Angriff nicht unmittelbar erfolgt. Wichtig sind die Ergebnisse von Pfeiffer aber sehr wohl für die polizeiliche Arbeit, da geprüft werden muss, ob die unterschiedlichen kommunikativen Herangehensweisen von Frauen und Männern im Alltag nicht noch besser genutzt werden können. Am Ende bleibt die wichtige und richtige Erkenntnis: Wir brauchen beide Geschlechter und ihre unterschiedlichen Potenziale für die Erfolge der polizeilichen Tätigkeit.

Weitergehende Schlussfolgerungen

Neben diesen Befunden ergeben sich durch die jüngste Forschung des KFN noch andere elementare Befragungsergebnisse, die das wissenschaftlich belegen, was wir schon längere Zeit mit großer Sorge betrachten. Auf eine kurze Formel gebracht ist leider festzustellen: Die Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei steigt an. Neben Familienstreitigkeiten gilt dies insbesondere auch für Demonstrationen. Auch im Umfeld von anderen Großveranstaltungen und Fußballspielen stellen wir dies fest. Die GdP-Forderung nach einem eigenen Straftatbestand für Übergriffe gegen die Polizei wird von Prof. Pfeiffer übrigens ausdrücklich unterstützt.

Doch egal um welchen Anlass es sich handelt – es ist in jeder Hinsicht scharf zu verurteilen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen wie so oft gesellschaftliche Missstände ausbaden müssen und körperlichen oder psychischen Schaden nehmen. Die verantwortliche Politik ist hier nicht nur gefordert, Polizistinnen und Polizisten beispielsweise gut auszustatten und zu schulen, ausreichend zu besolden sowie insgesamt schlicht genügend Stellen zu schaffen. Es geht darüber hinaus um gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die beispielsweise soziale Ungerechtigkeiten zementieren und letztlich Hoffnungslosigkeit und Aggression hervorbringen können.

Aktuelle und künftige Landes- und Bundesregierungen sind besonders in dieser Beziehung gefordert, der Gewaltspirale durch kluge Entscheidungen den

Fortsetzung auf Seite 2

¹ <http://www.kfn.de>

² Spiegel Seite 27 „SICHERHEIT – Der lange Arm der Evolution: Sind Frauen die besseren Polizisten?“; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2011-27.html>



Fortsetzung von Seite 1

Boden zu entziehen, damit letztlich auch weniger Polizeibeamte/-innen Opfer von Angriffen werden.

Davor muss uns jedoch eines klar sein, was zu Anfang dieser Überlegungen stand: Nicht nur zwischen Männern und Frauen ist konstruktive Kommunikation nötig, sondern vor allem zwischen den Verantwortlichen in der Politik, Polizeiführung und der GdP. Deshalb beschreiten wir gerade diesen Weg verstärkt, damit sich die Erfahrungen der Kollegen/-innen in den politischen Entscheidungsprozessen wiederfinden.

Dietmar Schilff (ch)

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe **9/2011 bis zum 30. Juli 2011** und für die Ausgabe **10/2011 bis zum 3. September 2011**.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe

Niedersachsen

Geschäftsstelle:

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:

Uwe Robra (V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur des Landesjournals)
Im Eschbruch 8f, 30952 Ronnenberg
Telefon (0 51 08) 64 38 94
Mobil (0 15 25) 6 10 87 51
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83,
Fax 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6454

GdP-Fachtagung „höherer Dienst“

Aktueller konnte es nicht zugehen: Die GdP lud ihre Mitglieder aus den Führungsbereichen (ehem. höherer Dienst) zu einer Tagung nach Hannover ein, wo der Landesvorsitzende Dietmar Schilff den Hauptredner **Prof. Dr. Christian Pfeiffer** präsentierte. Der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) referierte

ligten würde sich dies allerdings auch eher ins Gegenteil verkehren können.

Pfeiffer vertrat die Überzeugung, dass Gewalt gegen Polizeibeamte als neuer Straftatbestand im Strafgesetzbuch aufgenommen werden müsste, weil damit ein deutliches Zeichen gesetzt werden könnte, dass mit diesem Angriff auch der gegen den Staat verbunden sei. Damit



Landesvorsitzender Dietmar Schilff begrüßt die Tagungsteilnehmenden

über den 3. Zwischenbericht der KFN-Studie „Gewalt gegen Polizeibeamte“ mit den qualitativen Studienergebnissen.

Der Kriminologe legte in eindrucksvoller Weise nicht nur schlichte repräsentative Zahlen der Befragungsergebnisse vor, sondern erläuterte die Erkenntnisse und analytischen Rückschlüsse aus den Zahlen und den anonymisierten Schilderungen der befragten Polizeibeamtinnen und -beamten. Einer der zentralen Befunde war bei der Zahl der Gewalttäter der hohe Anteil der jungen Männer bis 25.

Unter anderem wurde auch untersucht, wie sich die Einsatzverläufe im Vergleich darstellen, wenn ausschließlich männliche und wenn gemischte Streifenbesetzungen in einen solchen Einsatz gehen. Signifikante Unterschiede lägen darin, dass bei Familienstreitigkeiten mit gewaltbereiten Männern das Erscheinen der Polizei zu weiteren Aggressionen führe, so Pfeiffer. Diese richten sich umso mehr gegen männliche Polizisten, je größer und kräftiger diese sind. Über den Befund hinsichtlich der deeskalierenden Wirkung durch Polizeibeamtinnen wurde bereits im Leitartikel berichtet.

Beim Einsatz von Polizeibeamten mit Migrationshintergrund lägen ebenfalls Erkenntnisse vor. Diese Strategie, in Einsatzsituationen mit gewalttätigen Beteiligten mit gleichem Migrationshintergrund entsprechende Beamte einzusetzen, stelle sich als meist sehr hilfreich dar, weil dies akzeptanzsteigernd wirken könne. Bei ausländerfeindlichen Betei-

unterstützte der KFN-Direktor die Forderungen der GdP. Professor Pfeiffer setzte sich auch für eine verstärkte Sensibilisierung der Staatsanwälte und Richter für dieses Wertesystem in der Aus- und Fortbildung ein.

Der Kriminologe schlussfolgerte aus den Studienergebnissen außerdem den Vorschlag, bei Konfrontationen nach Einsätzen mit Gewaltverlauf, die auch eine hohe Zahl von Strafanzeigen nach sich ziehen, ein Mediationsprogramm zu erproben und einzuführen, das anstelle der routinemäßigen Einleitung von Disziplinarverfahren erfolgen sollte. Erst beim Scheitern sollte das Disziplinarrecht zum Zuge kommen können. Damit



Prof. Dr. Christian Pfeiffer präsentierte die neuesten Forschungsergebnisse.

würde das Modell der in New York bereits eingeführten Praxis folgen.

In der anschließenden Diskussionsrunde trugen die Teilnehmer mit Schilderungen aus ihrer Führungsverantwortung zum Thema bei und nahmen u. a. Bezug auf die Vorlage des ersten bundesweiten Lagebilds „Gewalt gegen Polizeibeamte“ (BLPG), das auch auf der 192. Sitzung der Innenministerkonfe-



KFN-STUDIE GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

renz, diskutiert worden war. Dabei wurden auch Anregungen für weitere Auswertungen vorgetragen.

Prof. Pfeiffer erklärte, dass im Herbst eine Fortsetzung der KFN-Studienreihe erfolgen werde und dabei die Anregungen Berücksichtigung finden sollen.

Wesentliche Erkenntnis war in der Diskussion, dass eine Intensivierung der psychologischen Nachsorge für Beamte nach Einsätzen mit Gewaltanwendung sowie die Optimierung des präventiven Trainings und der Fortbildungsmaßnahmen erfolgen müssten.

Dietmar Schilff begrüßte als zweiten Referenten den stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden der GdP Saarland, **Hugo Müller**. Dieser referierte über Sicherheitspolitik

und ein faktisches Wachstum und die zunehmende Bedeutung des privaten Sicherheitsgewerbes. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels werde es zunehmend Schwierigkeiten geben, für die Polizei in ausreichender Quantität und Qualität Nachwuchs zu erhalten, zumal die tendenziell finanzkräftigere gewerbliche Wirtschaft ebenso um Nachwuchs aus geburtschwächeren Jahrgängen werben und konkurrieren wird.

Hugo Müller warb für eine stärkere Einbindung der Erfahrungen der Führungsebene und einen spezielleren zielgruppenorientierten Zuschnitt der Gewerkschaftsarbeit sowie eine Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit der GdP.

Abschließend wurde von Dietmar Schilff die Einrichtung einer GdP-Ar-

Saarländer mit kritischen Ansätzen: Polizeidirektor Hugo Müller, stellv. Bundesvorsitzender
Fotos: Uwe Robra



beitsgemeinschaft höherer Dienst verkündet, die künftig die spezifischen Fragen behandelt und als Kommunikationsplattform dienen soll.

Uwe Robra

Alle weiteren Infos auf unserer GdP-Dossierseite zur Gewaltstudie:

https://www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/id/20100526_KFN_Studie

PRÄVENTION/SOZIALARBEIT

Begeisterung für Fadi Saad

Im Rahmen des Aktionsjahres „Mehr Braunschweig, weniger Gewalt“ veranstalteten die GdP-KG Braunschweig, „WEISSER RING e.V.“ und der Verein „Gewaltlos Starksein e.V.“ am 23. Juni 2011 eine Präventionsveranstaltung unter dem Motto „Neue Wege zur Integration“.

Als Initialzündler für interkulturelle Kompetenz war der „Große Bruder von Neukölln“, **Fadi Saad**, Buchautor und Berliner Quartiersmanager, eine gefragte Erscheinung.

In der Sporthalle der Hauptschule Sophienstraße in Braunschweig begrüßte der Schulleiter Wolfgang Pein im Beisein des Bezirksbürgermeisters 150 Schülerinnen und Schüler mit Lehrern, Vertretern der Polizei und angereisten Schulleitern aus Burgdorf, Helmstedt und Peine.

Fadi Saad stellte in einem zweistündigen Auftritt und ehrlich-authentischer Weise seinen Werdegang ohne Wenn und Aber dar. Dabei fand er eine fesselnde Dialogform, der sich kein Zuhörer entziehen konnte. Er wies auf Werte und Normen, Achtung und Anerkennung anderer Kulturkreise und Religionen, Toleranz und Respekt anhand seiner erlebten Situationen hin. Am Ende gab es dafür von allen anhaltenden Applaus und interessante Einzelgespräche mit Schülern und Lehrern. Am Abend agierte Fadi Saad im Jugendzentrum Neustadtmühle



in einem Forum mit 53 Teilnehmern von Polizei, Migrationsbeauftragten, Ausschuss für Integrationsfragen, Lehrern, interessierten Eltern und einigen Schülern der Hauptschule, die ihn ein zweites Mal hautnah erleben wollten. Als besondere Gäste konnten **Cordula Müller**, Leiterin der Polizeiinspektion Braunschweig, **Rainer Bruckert**, Landesvorsitzender WEISSER RING e.V., und GdP-Landesvorsitzender **Dietmar Schilff** begrüßt werden.

Nach Vorstellung seiner Person und seiner Erlebnisse aus zwei nationalen (Arabisch und Deutsch) und zwei religiösen Kulturen (Muslime und Christen), in der sich einige Zuhörer selbst wiederfanden, gab es eine angeregte Podiumsdiskussion unter souveräner Moderation von **Gregor Kaluza** (Soziales Management der Baugenossenschaft „Wiederaufbau“), mit **Gabriele Butte** (Präventionsteam der Polizeidirektion Braunschweig), **Herrn Özdemir** (Ausschuss für

Integrationsfragen) und **Karl-Heinz Empter** (Sozialarbeiter).

Unter Einbindung der Zuhörer wurden die Themen wie interkulturelle Kompetenz, die hierfür vorausgesetzte Toleranz, die Aufgaben der Schulen im Vermitteln und Vorleben von Toleranz, Achtung, Anerkennung, Selbst-

bewusstsein sowie Respekt voneinander diskutiert. Hier stellte sich heraus, dass zwischen den anwesenden Generationen eine unterschiedliche Auffassung über den Begriff Respekt vorlag. Erfreulich konnte festgehalten werden, dass an den Schulen durch entsprechende Programme, größtenteils in Eigeninitiativen, langsam eine Ächtung der Gewalt stattfindet, jedoch die Qualität der Einzelfälle besonders grausam ist.

Als weitere Erkenntnis stellte sich heraus, dass die Polizei hier außerhalb ihrer Befugnis immer mehr als Konfliktlöser eingespannt wird.

Mit dieser Veranstaltung möchte die KG Braunschweig neben der gewerkschaftlichen Betreuung ihrer Mitglieder in allen Bereichen der Polizei versuchen, Brücken zwischen den Kulturen aufzubauen, um mit der richtigen Kommunikation Konflikte lösen zu können.

Rainer Holze / Klaus Uhde / Red.



Fadi Saad im GdP-Interview

DP sprach mit einem, der in Berlin Brücken geschlagen hat zwischen jugendlichen Migranten und der Polizei. Fadi Saad war selbst einst Gang-Mitglied, der heute andere mit Projekten zu neuen Erfolgen führt.

Verheiratet mit einer Deutschen, lebt er mitten und vermittelnd zwischen den Kulturen und Religionen. Das Interview führte Landesredakteur Uwe Robra.

DP: Du bist in Berlin geboren, Sohn palästinensischer Eltern. Deine Jugendzeit war trotz guter Schulleistungen geprägt durch Gewalttätigkeit und Gangleben. Warum diese Entwicklung?

Fadi: Einerseits habe ich die Leute kennengelernt, die im Jugendzentrum abhängen. Ich fand es Klasse, auf Gleichgesinnte zu stoßen, also auf arabische Jugendliche, [...] die nicht hier geboren sind und viel zu erzählen hatten. Andererseits habe ich dort eine Wertschätzung kennengelernt, die ich nicht kannte, [...] ohne diese ganzen Fragen: „Wo kommst du her?“ „Was bist du?“ [...].

DP: Gegenseitiger Respekt also?

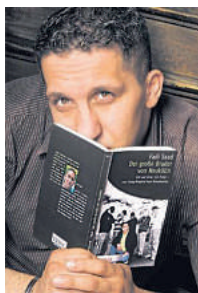
Fadi: Ja, so, wie man eben ist.

DP: Wie kam es zu einem Wandel und Umdenken in deinem Werdegang?

Fadi: Das ist der Nachteil: Wenn du eine Gang kennlernst, kannst du nicht nur als Mitglied dabei sein, man muss auch letztendlich beitreten. Dazu gehörte eine Mutprobe, die ganz einfach war: zwei Minuten lang mit drei Gangmitgliedern einen Kampf zu überstehen. Und dann gehörte ich dazu. Am Anfang war ich auch nicht einverstanden mit dem, was gemacht worden ist, also Abzuziehen und einfach so zu prügeln. Aber ich würde heute sagen, mein Selbstbewusstsein war nicht stark genug, um mal nein zu sagen.

DP: Du bist heute mit 31 Jahren in der Jugendberatung für Schulen und eine Art Streetworker und Mitarbeiter im Quartiersmanagement von Berlin-Moabit Ost. Du warst in vielen Veranstaltungen und TV-Sendungen, sogar eine Anhörung bei der Bundeskanzlerin und dem ehemaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac gab es anlässlich der Pariser Unruhen. Was hat dich zu dieser Aufgabe gebracht?

Fadi: Ich bin durch Zufall in den sozialen Bereich geraten. Ich bin gelernter Bürokaufmann. Und durch ein Praktikum im sozialen Brennpunkt bin ich dann in die Kinder- und Jugendarbeit gekommen. Die Erfahrungen, die ich selber gemacht habe, ließen mich meine Arbeit auch gut machen, weil ich weiß, worauf es ankommt. Ich erkenne die Probleme und Zeichen, die man nur erkennt, wenn man



damit zu tun hat oder es selber mitgemacht hat.

DP: Wie schätzt du den Einfluss von Gangs und deren Verhaltenskodex auf den Einzelnen und sein Verhalten ein?

Fadi: Also einerseits Gott sei Dank, gibt's nicht mehr die Gangs, so wie es sie mal gab [...]. Also, es sind noch Cliquen, oder ich würde heute sagen Banden. Und den Kodex gibt es immer noch. So ähnlich wie die Rockerbanden [...]. Und man merkt, dass viele Einfluss auf die Jugendlichen haben. Viele Jugendliche sagen: „Boar, wenn ich einer von denen bin, dann greift mich keiner an.“ Also, man sucht auch Schutz bei diesen Gangs. [...]

DP: Welche Vorbilder gelten bei den Jugendlichen mit türkischen oder arabischen Wurzeln?

Fadi: In erster Linie sind es Sportler, sprich Fußballer oder Boxer. [...] Auch Politiker, und zwar bei den türkischen der Präsident von denen. Wenn der in den Medien in irgendeiner Aktion etwas gesagt hat, was sie hier begeistert, dann schwärmen alle von dem.

DP: Welche Rolle spielt die Religiosität?

Fadi: Religion ist eines der höchsten Gebote bei den Jugendlichen. Aber es ist jetzt – gerade nach Pfeiffers Studie (s. auch Leitartikel; Red.) – nicht so, dass, je religiöser die Jugendlichen sind, sie auch gewalttätiger sind, sondern sie finden eher die Ruhe und den Frieden in ihrer Religion. [...] Wenn Jugendliche im Knast sitzen, ist das erste, was sie schreiben und machen, dass sie sich einen Koran in die Zelle bringen lassen und jetzt nur noch beten und gut sein wollen.

DP: Kannst du also einen Unterschied feststellen zwischen Auswirkungen in der Praxis, dass der Islam als Frieden stiftende Religion wirkt und andererseits einem gewaltbereiten Verhalten bei extremistisch-islamistischen Tendenzen, die es parallel dazu gibt?

Fadi: Genau. Man muss unterscheiden! Das gibt es in jeder Religion. Jugendliche, die zur Konfirmation gehen, die in einem wirklich christlichen Elternhaus aufwachsen, oder die in einem islamischen Elternhaus aufwachsen, dann sind die ganz anders, als wenn man – ich nenne sie mal so was wie Sekten – also Extremen angehört. Selbst nach dem Islam ist es sogar verboten, die Religion zu übertreiben. [...] Der Islam ist genau was er sagt: Es beruht alles

auf Freiwilligkeit. [...] Was mich ärgert, ist, dass [...] in der Berichterstattung nie getrennt wird zwischen sunnitischen, schiitischen oder alevitischen Muslimen. Genau, wie es in der Kirche unterschieden ist: evangelische und katholische Kirche. [...]

DP: Welche Auswirkung und Bedeutung hat das Verhaltensmuster einer Machokultur auf Jugendliche?

Fadi: Das erwartet die Gesellschaft von uns. Der Druck, der auf einem lastet, ist nicht zu unterschätzen. Das merke ich auch teilweise, wenn ich mit meinen Kindern rede: Ihr müsst lieb sein, Ihr müsst gut in der Schule sein, ...! Und dann kommt natürlich die Rolle noch, mit der ich auch aufgewachsen bin: Ihr müsst arbeiten gehen, Geld nach Hause bringen, die Eltern unterstützen! [...] Das ist ein Druck, der auf einem lastet. Und wer am lautesten auf der Straße schreit oder die größten Muskeln hat, der hat das Sagen. Das ist ein Machtkampf [...].

DP: Durch welche Aktivitäten wirkst du in deiner Position im Quartiersmanagement auf Gewaltfreiheit und eine Befriedung hin?

Fadi: Indem ich es selber vorlebe. Daraus lernen die Kinder wirklich am meisten. Dann, indem ich denen eine Stimme gebe und zeige, dass man auch Anerkennung und Wertschätzung genießen kann, ohne dass man Blödsinn macht. Und dann versuche ich, die Kulturen zueinander zu bringen. Das ist einer meiner Schwerpunkte, dass ich generationenübergreifend und kulturübergreifend Projekte ins Leben rufe.

DP: Welche Bedeutung hat Toleranz gegenüber jeweils anderen Religionen und Kulturkreisen? Lassen die sich erfolgreich vermitteln, wenn bereits Gewalt und Machoverhalten den Alltag prägen?

Fadi: Ganz wichtig ist, dass man in der Diskussion unterscheidet zwischen Kultur, Religion und Tradition. Es heißt ja im Islam „Ungläubige“ [...]. Das verwechseln ganz viele, was das bedeutet: Dass jemand, der Christ ist, nicht ungläubig ist. Und dass Toleranz das ist, was vom Koran erwartet wird: andere Religionen zu tolerieren und zu akzeptieren.

DP: Macht nach deiner Meinung der Staat das Richtige im Umgang der Religionen und bei der Reaktion auf Jugendgewalt?

Fadi: Die größte Rolle hat nicht der Staat, sondern die Medien. Sie haben einfach den größten Einfluss. [...]

DP: Was machst du in deiner Aufgabe genau, wie bekommt man ein offenes Ohr, um Projekte erfolgreich zu machen?

Fadi: Ich komme nicht mit fertigen Lösungsansätzen, ich entwickle sie vor Ort



PRÄVENTION/SOZIALARBEIT

mit den Jugendlichen, gebe ihnen gewisse Verantwortung, Aufträge, selbst etwas zu machen, zu produzieren oder zu planen. Und das ist auch nachhaltig, dass die Jugendlichen sagen können: „Das war unser Projekt!“ und nicht: „Da haben wir nur mitgemacht.“

DP: Die wachsen also mit ihrer Aufgabe und bekommen auch Selbstwert und Anerkennung?

Fadi: Genau. [...] Wenn ich Jugendliche nehme, die von der Straße sind, die haben auch nie gelernt, höflich miteinander zu reden. Wenn der Abschnittsleiter [...] mitkommt an einen Tisch und wir haben ein bestimmtes Thema mit Jugendlichen: Es ist erst mal für sie was ganz Besonderes, dass der große Chef von der Polizei da sitzt und denen zuhört. [...] Sie passen sich eigentlich der Situation an, soweit sie können, aber genießen auch den Respekt. Und das ist auch das, was sie dann im Anschluss sagen; einige sagen: „Oh, der hat nur deswegen mit uns geredet, weil du dabei bist. Sonst hassen die uns.“ Wo ich dann sage: „Nein, das ist nicht so! Ihr ward auch höflich.“ Also, da ist eine Menge an der Basis [...] zu machen bei den Jugendlichen, [...] bei den Mitarbeitern der Einrichtungen oder den Behörden.

DP: Schon das Kennenlernen, das miteinander Umgehen spielt eine Rolle?

Fadi: Ja, auf jeden Fall! [...]

Wer alles erfahren will über die Zusammenarbeit mit der Polizei, über Vorurteilsabbau, Familie und Umfeld: Das vollständige Interview ist auf unserer Website www.gdp.de/Niedersachsen abrufbar.

Fadi Saad ist Autor des Buches „Der große Bruder von Neukölln: Ich war einer von ihnen – vom Gang-Mitglied zum Streetworker“, erschienen im Verlag Herder spektrum, ISBN 978-3-451-03000-0

FUSSBALL-EVENTS OHNE GEWALT

Dialog mit Club-Vertretern

Das Thema Gewalt um den Fußball beherrscht immer wieder die Öffentlichkeit und die Polizei. Vor diesem Hintergrund ist die GdP Niedersachsen Mitte Mai an die nds. Fußballvereine der ersten vier Ligen herangetreten, um sich über gemeinsame Aktionen zur Positionierung gegen Gewalt zu verständigen. Der Einladung sind am 24. Juni 2011 Vertreter nahezu aller Vereine gefolgt und haben damit signalisiert, dass auch sie die Notwendigkeit sehen, dieses Problem gemeinsam zu bearbeiten.

Hier wurden verschiedene Möglichkeiten der Zusammenarbeit diskutiert, wobei insbesondere der Austausch zwischen Fans und Polizei von den Vertretern von Eintracht Braunschweig, Hannover 96 und des VfL Wolfsburg als zielführend angesehen wurde. Dies sollte von einer deutlichen

Erklärung aller Vereine begleitet werden, rund um den niedersächsischen Fußball keine Gewalt zu dulden, darüber waren sich alle Gesprächspartner einig. Die entwickelten Ideen werden jetzt in die Führungsspitzen der Vereine weitergegeben, um die Beratung nach der Sommerpause fortzusetzen. Dann sollen neben den Zuständigen für Öffentlichkeitsarbeit auch die Fanbeauftragten der Vereine anwesend sein sowie die polizeilichen Fanbeauftragten der jeweiligen Fußballstandorte. So können bereits praktizierte Projekte mit einer gemeinsamen Aktion gegen Gewalt abgestimmt und eine Realisierung sichergestellt werden.

Einigkeit bestand darin, dass dieses erste Treffen der Grundstein für einen dauerhaften Dialog zwischen Vereinen, Fans, GdP und Polizei sein muss. JH

GdP IM DIALOG

Gespräche mit Politik und Polizeiführungsspitze

Die Fortsetzung des offenen Meinungsaustausches als Bestandteil gewerkschaftlicher Arbeit stand auch im Juni und Juli auf der Agenda. Der Landesvorsitzende Dietmar Schilff setzte daher seine Gesprächsreihe fort, die im November 2010 begann.

Gespräch mit dem Direktor der Polizeiakademie, Johannes-Jürgen Kaul

Mehr als zwei Stunden dauerte das Gespräch am 7. 6. 2011 zwischen Schilff und Kaul. Beim Austausch ihrer Positionen konnten sie dabei viele gemeinsame Ansätze feststellen.

Einigkeit bestand insbesondere bei der Notwendigkeit der engen Verzahnung von Theorie und Praxis während des Studiums an der PA. Hierbei habe sich auch das Ins-

trument des Beirates, in dem alle Behörden und Einrichtungen sowie der Polizeihauptpersonalrat vertreten sind, bewährt.

Schilff stellte deutlich die Position der GdP zu einer Weiterführung der einheitlichen Ausbildung während des Studiums dar und begründete die Notwendigkeit für die gesamte Polizei. Er begrüßte die von Kaul skizzierten Vorstellungen hinsichtlich eines stärkeren internationalen Austauschs für die Studenten/-innen.

Die Gesprächspartner stimmten darin überein, dass die Reakkreditierung im Jahr 2012 unbedingt zu einer Verlängerung der Akkreditierung des Studienganges führen muss, um die Gültigkeit des Qualitätssiegels zu bewahren und damit auch perspektivisch den Einstieg der Absolventen in die Laufbahngruppe 2 sicherzustellen.

Den Vorschlag von Schilff, die Studierenden im Rahmen des Studiums über Mitbestimmung, Beteiligungsrechte und



Dietmar Schilff (rechts) im Gespräch mit dem Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen, Johannes-Jürgen Kaul Foto: PA

ehrenamtliche Arbeit durch Gewerkschaften oder Personalräte zu informieren, nahm Kaul sehr interessiert auf und versprach, dies zu prüfen.

Auch der Direktor der PA erklärte, dass er einen engen Kontakt und die Pflege des offenen Austausches für selbstverständlich hält.

Fortsetzung auf Seite 6



GdP IM DIALOG

Fortsetzung von Seite 5

Offener Austausch mit dem neuen Vorsitzenden des Arbeitskreises Inneres und Sport der CDU-Fraktion, Fritz Güntzler

In der Woche zuvor, am 29. 6. 2011, traf sich **Dietmar Schilff** am Rande der Landtagssitzung zu einem ersten kurzen und offenen Gespräch mit dem neuen Vorsitzenden des Arbeitskreises Inneres und Sport der CDU-Fraktion, **Fritz Güntzler**.

Schilff und Güntzler stellten schnell fest, dass es wichtig ist, die jeweiligen Positionen zu Themen der Polizei und der



Offener Dialog im Landtag (v. l.): Johann-Heinrich Ahlers, Fritz Güntzler, Dietmar Schilff Foto: Mitarb. der CDU-Fraktion

Inneren Sicherheit auszutauschen, auch wenn dabei nicht immer Übereinstimmung herrscht. Vor diesem Hintergrund verständigten sich die beiden auf eine Intensivierung der Gespräche zwischen CDU-Fraktion und GdP. Das nächste Treffen wurde für August vereinbart.

Bereits bei diesem ersten Kontakt, an dem auch der polizeipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, unser GdP-Kollege **Johann-Heinrich Ahlers**, teilnahm, sprach Dietmar Schilff zwei konkrete Themen an, die die Beschäftigten der Polizei und die GdP derzeit stark beschäftigen:

- Auflösung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes und Umgang mit den Beschäftigten und Interessenvertretungen,
- Notwendigkeit eines kurzfristigen Konzeptes, um die Wartezeiten nach A 10 erheblich zu verkürzen.

Güntzler sagte zu, die Positionen und Argumente der GdP in den politischen Entscheidungsprozess mit einfließen zu lassen.

Gespräch mit der Innenpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Die Linke, Pia-Beate Zimmermann

In einem offenen Dialog diskutierte **Dietmar Schilff** am 6. 7. 11 polizeiliche

Themen mit der Innenpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Die Linke, **Pia-Beate Zimmermann**. Im Mittelpunkt standen die aktuellen Pläne der Landesregierung für die Haushaltsjahre 2012 und 2013.

Schilff und Zimmermann waren sich einig, dass die geplanten Maßnahmen im Bereich Inneres keine ausreichende Wertschätzung der polizeilichen Arbeit widerspiegeln. Zimmermann kündigte Interventionen ihrer Fraktion bei den anstehenden Landtagsdebatten an, deren Zielrichtung die Fraktion bereits schriftlich niedergelegt hat. Sie unterstützt darin die Forderungen der GdP Niedersachsen in Bezug auf Stellenhebungen und die Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten auf fünf Euro pro Stunde. Diese Maßnahmen seien notwendig, um die Motivation der Polizeibeamten/-innen und die Attraktivität des Polizeiberufes zu erhalten und zu verbessern.

Die Diskussion um das Thema Gewalt gegen Polizeibeamte werde auch in der Fraktion Die Linke aufmerksam verfolgt. Positiv bewerte die Fraktion, so Zimmer-



Diskussion über polizeiliche Themen: Dietmar Schilff und die Innenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Die Linke, Pia-Beate Zimmermann Foto: Fraktionsbüro

mann, die Initiative der GdP, gemeinsam mit den niedersächsischen Fußballvereinen gegen Gewalt rund um die Spiele aktiv zu werden.

Die Anregung der GdP, vor dem Hintergrund noch zu vieler offener Fragen, den CASTOR-Transport im Jahr 2011 nicht durchzuführen, findet ebenfalls die Zustimmung der Linken-Fraktion.

Schilff und Zimmermann vereinbarten, auch künftig im Gespräch zu bleiben.

Red.

FRAUENGRUPPE

25 Jahre Gleichstellungsbeauftragte in Niedersachsen

25 Jahre Gleichstellungsbeauftragte in Niedersachsen: Dieses Jubiläum könnte ein Grund zum Feiern sein – einerseits.

Auf der anderen Seite muss jedoch die Frage gestellt werden: Warum sind wir in Sachen Gleichstellung offensichtlich im Jahr 2011 immer noch nicht so weit, dass sich die Bestellung von Beauftragten erübrigt?

Wer meint, Gleichstellung sei nur „mal wieder so ein Thema, mit dem sich Frauen in den Vordergrund drängen möchten“, befindet sich nicht nur in einem Irrtum, sondern auch nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. Art. 3 Abs. 2 GG lautet: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Doch wie sah und sieht es aus mit der Gleichberechtigung? Bis 1977 zementierte das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) die Bevorzugung des Mannes in der Familie und bei der Aufgabenverteilung in Familie und Beruf. Daraus ergab sich de facto eine familien- und arbeitsrechtliche Benachteiligung von Frauen. In den Diskussionen im Bun-

destag wurde damals nicht nur mit den biologischen Unterschieden argumentiert, sondern sogar „die göttliche Ordnung“ angerufen, um nachzuweisen, dass Frauen anders zu behandeln seien als Männer und von daher nur eingeschränkt handlungsfähig sein konnten. In den Nachkriegsjahren wurde so ein eindeutiger Verfassungsbruch hingenommen und gelebt. Auch das 1958 verabschiedete Gleichberechtigungsgesetz war von Kompromissen geprägt und mit Mängeln behaftet. Verheiratete Frauen konnten per Gesetz nicht ihren Namen behalten, der Vater blieb Letztinstanz bei Erziehungsentscheidungen, verheiratete Frauen durften nur mit Zustimmung des Mannes arbeiten, ein Recht auf außerhäusliche Erwerbstätigkeit der Ehefrau gab es nur, „soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist“ (§ 1356 BGB). Hier fühle ich mich eher an antike Gesellschaftsordnungen erinnert, weniger an einen fortschrittlichen europäischen Staat im 20. Jahrhundert.

Die arbeitsrechtliche Seite klammerte das „Gleichberechtigungsgesetz“ ohne-





Winterurlaub 2011/12



Die Winterkataloge sind da!
Buchen Sie oder Ihre Angehörigen Ihren Winterurlaub in unserem Reisebüro mit
5 % Ermäßigung!
Eine kleine Auswahl unserer Reisepartner...



GdP-Touristik
 Berckhusenstr. 133 a, 30625 Hannover
 Tel. 0511/530380 Fax 0511/5303850
 E-Mail: service@gdpservice.de Internet: www.gdpservice.de

FRAUENGRUPPE

hin nahezu ganz aus, obwohl schon im EWG-Vertrag 1957 festgeschrieben.

Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft existiert bis heute nicht. Die Arbeit einer extra dafür ins Leben gerufenen Expertengruppe mündete lediglich in einer „freiwilligen Vereinbarung“ zwischen Bund und Privatwirtschaft. Das Ergebnis bis heute: in den Vorständen der Dax-Konzerne finden sich gerade einmal 2 bis 3 Prozent Frauen.

Auch die Polizei hat im Bereich Führungspositionen hinsichtlich des Einsatzes durch Frauen noch einen großen Nachbereitungsbedarf.

Betrachtet man 50 Jahre Geschlechtergerechtigkeit und Arbeitsmarkt, so fällt die Bilanz zwiespältig aus: Auf der einen Seite immer mehr rechtliche Vorschriften, die Anzahl berufstätiger Frauen steigt kontinuierlich an, auf der anderen Seite wenig Anerkennung als (Teilzeit-)Arbeitskraft, nach der familienintensiven Phase arbeiten Frauen weniger als Männer, d. h. weniger Verdienst, weniger wertvolle Renten- und Sozialversicherungsansprüche sowie schlechtere

Karrierechancen und Lebenszeiteinkommen. Das größte Hemmnis für mehr Geschlechtergerechtigkeit scheint nach wie vor die Vereinbarkeit von Karriere und Familie zu sein, herrührend aus einer offenbar immer noch geschlechterspezifischen Sozialisation. Weitere Ursachen liegen u. a. auch in offener und verdeckter Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz, Ehegattensplitting, Kindergeld als finanzieller Anreiz, um Arbeitszeiten zu reduzieren oder ganz aufzugeben.

Und die Zukunft? Alles rosig?

In der öffentlichen Verwaltung und der Polizei werden jetzt neue Wege beschritten: AuditBerufundFamilie soll beiden Geschlechtern bessere Möglichkeiten eröffnen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Ein guter Anfang, um mit großen Schritten und der Unterstützung unserer Gewerkschaft der Polizei dahin weiterzugehen, wo wir leider immer noch nicht sind: ins Land der Gleichberechtigten. Auch aus diesem Blickwinkel: GdP – gut, dass es sie gibt.

Gitta Schmidt, Landesfrauenvorsitzende

AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Termin-Check/Einladungen:

Ankündigung: Am 28. und 29. 9. 2011 findet die **Delegiertenkonferenz der BG PD Göttingen** in Heyen (bei Bodenwerder), Landkreis Holzminden, Europäische Penzel-Akademie, Willy-Penzel-Platz 1, 37619 Heyen, statt.

Harald Calsow, BG-Vorsitzender

Einladung: Grillfest der KG PATB NI am **18. 8. 2011** ab 16.00 Uhr in der Kantine des Wasser- und Schifffahrtsamtes Hannover (ehemalige BGS-Kantine), Möckernstr. 30, Hannover. Auch in diesem Jahr möchte der Vorstand ein Grillfest durchführen, um die alten Kontakte zu pflegen oder auch einmal „nicht dienstliche“ Gedanken unter Kollegen austauschen zu können. Der Vorstand würde sich über zahlreiches Erscheinen freuen. Verbindliche Anmeldung bis 11.

Fortsetzung auf Seite 8



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Fortsetzung von Seite 7

8. 2011 per Tel. 05 11/1 64 40 95, Fax 0 32/2 21 19 60 96 oder E-Mail gdp-pat bni@arcor.de.

Gerrit Rassow, 1. Schriftführer

Einladung zur traditionellen rustikalen Hof-Fête der Seniorengruppe der KG Soltau-Fallingbostel am 18. 8. 2011 ab 16.30 Uhr in Jettebruch-Bömmle, Hof Bömmle. Wir wollen wieder mit euch feiern. Ihr müsst nur gute Laune mitbringen. Eingeladen sind alle Mitglieder und Interessierte zum gemütlichen Beisam-

mensein mit Essen und Getränken aller Art. Kosten: GdP-Mitglieder frei, Nichtmitglieder 10 Euro. Anmeldung bis 10. 8. 2011 bei wolfgang. reiswig@web.de, Tel.: 0 51 91/1 35 56, andre. geske@

polizei.niedersachsen.de, Tel.: 0 51 62/ 9 72-1 90, gerrit.lehmann@polizei.niedersachsen.de, Tel.: 0 51 91/93 80-2 72.

**Wolfgang Reiswig,
Seniorensprecher KG SFA**

TAUSCHPARTNER

PK'in (A 9, g. D.) aus Hessen (Südosthessen) sucht TauschpartnerIn aus **Niedersachsen**, schwerpunktmäßig **Raum Göttingen/Hannover oder Hameln**. Bei Interesse bitte E-Mail an DA-Schnuckel2006@web.de

NACHRUF

**Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen –
trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:**

Arlt, Gerhard	23. 2. 1942	Krs.-Gr. Cloppenburg
Blume, Adolf	11. 6. 1917	Krs.-Gr. Emsland
Klimas, Hubert	30. 4. 1928	Krs.-Gr. Braunschweig
Künzel, Annemarie	25. 9. 1924	Krs.-Gr. Wesermarsch
Leidenfrost, Werner	18. 8. 1918	Krs.-Gr. Aurich
Lommatzsch, Helga	17. 3. 1927	Krs.-Gr. Aurich
Sklomeit, Ursula	21. 3. 1924	Krs.-Gr. LKA
Sokolowski, Walter	18. 5. 1942	Krs.-Gr. Osnabrück

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

EINSATZBELASTUNG

CASTORen im Landtag

Am 26. Mai wurde der CASTOR-Einsatz 2010 auf Grund einer Großen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag behandelt.

Der CASTOR-Einsatz 2010 sprengte alle bisher dagewesenen Dimensionen. Er war mit etwa 20 000 Einsatzkräften und verursachte Kosten von 36,5 Millionen Euro alleine für das Land Niedersachsen einer der größten Polizeieinsätze überhaupt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwecks parlamentarischer Aufarbeitung stellte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Februar eine an die Landesregierung gerichtete „Große Anfrage“. Die Antwort dazu wurde sehr kontrovers im Landtag behandelt. Unter anderem wurde nach der Anzahl der verletzten Polizeibeamten/-innen (Antwort: 131, 2008 waren es 50!) sowie nach den maximalen Einsatzzeiten der Kollegen (Antwort: bis zu 35 Stunden!) gefragt. Die Belastung der eingesetzten Einsatzkräfte vor Ort war enorm. Die Landesregierung will aber trotzdem die

Bereitschaftszeiten mit nur 50 Prozent vergüten, was sie auch in der Antwort auf die Große Anfrage mit Hilfe von Verwaltungsjuristendeutsch betonte. Die gesundheitlichen Folgen von überlangen Dienstzeiten, wie einer möglichen Gefährdung im Straßenverkehr durch Übermüdung/Erschöpfung der Fahrer, wurde leider nicht angesprochen. Ausführlich wurden jedoch in der Debatte die Arbeitsbedingungen vor Ort thematisiert, wo u. a. Polizistinnen mitten im Wald ihre Notdurft verrichten mussten. Leider ging die Landesregierung in der Antwort nicht auf die berechnete Frage von Bündnis 90/Die Grünen nach den wesentlichen Kritikpunkten der GdP und deren Konsequenzen daraus ein. Hier wurde lapidar auf die Presseveröffentlichungen der Berufsvertretungen verwiesen. Der Innenminister bedankte sich jedoch in seiner Rede ausdrücklich bei allen Einsatzkräften und gestand Unzulänglichkeiten in der Logistik durch die verschärfte Einsatzlage ein. Die PD Lüneburg wurde deshalb durch ihn beauftragt, über die übliche Einsatznachbereitung hinaus konzeptionelle Verbesserungsmöglichkeiten für

künftige Einsatzlagen zu erarbeiten.

CASTOR-Einsatz 2011?

Der erste Planungsvorlauf für den CASTOR-Transport 2011 gestaltet sich bislang aber unklar. Die Planungs- und Beschaffungszeiten sind äußerst kurz und lassen befürchten, dass die Unterbringungsstandards nicht in vollem Umfang eingehalten werden können. Weiterhin gibt es noch ausstehende Fragen hinsichtlich der Strahlenbelastung für die Einsatzkräfte aus dem Jahr 2010.

GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff forderte, dass die Sicherheit der Bevölkerung und der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen garantiert werden müsse, bevor über einen neuen Transport nachgedacht werden kann. Letztlich sei ein Einsatz, für dessen Planung nicht genügend Zeit zur Verfügung gestanden hat, ein weiterer Risikofaktor. Schilff: „Wir appellieren deshalb an die politisch Verantwortlichen, von einem Transport in diesem Jahr abzusehen.“ **Red.**

